

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kindertagesstätten am 10.11.2008

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal
Zeit:	14:00 Uhr bis 15.30Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.September 2008
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Dr. Marquardt

eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Dr. Marquardt

fragt, ob die Tagesordnung so festgestellt werden kann?

Frau U. Haupt

fragt, muss der Betriebsausschuss die Gebührensatzung beraten, wenn der JHA den Beschluss vertagt hat?

Dr. Marquardt

Dieser Ausschuss kann sich autonom eine Meinung bilden.

Frau U. Haupt

stellt jedoch den Antrag, dass heute erst die 1. Lesung stattfindet.

Dr. Marquardt

bittet um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja Stimmen

1 Enthaltung

Beschluss:

Der Betriebsausschuss berät in 1. Lesung über die neue Gebührensatzung.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.September 2008

Dr. Marquardt

Die Niederschrift vom 22.09.08 wird von den Ausschussmitgliedern genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Dr. Marquardt

In nichtöffentlicher Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: IV/2008/07420**

Herr Zwakhoven

Hintergrund der Satzungsänderung ist der Bericht des Landesrechnungshofes.
Die Stadt hat bei der Vorbereitung der Satzung eine Variante zum Einheitsbeitrag und eine Variante zum einkommensabhängigen Elternbeitrag erarbeitet.

Herr Kreisel

Wurde bei der Erarbeitung der Satzung mit einkommensabhängigem Elternbeitrag der erhöhte Verwaltungsaufwand kalkuliert?
Wir werden bei dieser Satzung mit mehr Widerspruchsverfahren rechnen müssen als bisher.

Herr Zwakhoven

Es wurde mit dieser Vorlage versucht den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.
Er wird aber höher sein, als bisher.
Mit einem höheren Anteil an Widerspruchsverfahren ist zu rechnen.

Frau U. Haupt

Unsere Fraktion hat diesen Antrag auf einkommensabhängige Elternbeiträge gestellt.
Dazu stehen wir auch immer noch.
Aber in dieser Form, wie die Vorlage nun eingebracht wurde, können wir nicht zustimmen.
Es wird die unverhältnismäßige Steigerung von Elternbeiträgen bemängelt.
Es gab keine Kalkulation zur Vorlage. Diese wäre jedoch dringend erforderlich, um nachzuvollziehen, wie die geplanten 1,8 Mio € Mehreinnahmen zustande kommen sollen.
Einzelne Beispiele unterschiedlicher Familiensituationen wären ebenso wünschenswert.
Die Geschwisterermäßigung kann nicht als Staffelung erkannt werden.

Frau Dr. Stark

Es gingen viele Zuschriften von Eltern ein. Sie bemängeln ebenfalls die hohe Steigerung.
Auch uns fehlt eine Kalkulation zur Vorlage.
Eine Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen sollte in der Vorlage ergänzt werden.
Eine Gerechtigkeit bei den Kita-Gebühren ist nicht zu erkennen.
Auch für die unteren Einkommensgruppen muss die Vorlage untersetzt werden.
Wie viele Eltern werden es sein?

Frau Kovacs

Welche Auswirkung hat diese Satzung auf die Verwaltung?
Kann man nicht mit einer Erhöhung in der jetzigen Satzungsstruktur auch 1,8 Mio € Mehreinnahmen bringen?

Herr Bartl

Die Verwaltung muss in der jetzigen Struktur einer neuen Satzung nachkommen können. Das scheint jedoch kaum möglich.

Gab es bei der Erarbeitung einen Abwägungsprozess in dem sowohl soziale als auch ethnische Gedanken eine Rolle spielten?

Sind Punkte sozialer Gerechtigkeit wirklich berücksichtigt wurden?

Bedürftigkeit soll nicht ignoriert werden, aber Leistung auch nicht unberücksichtigt bleiben.

Eine Gebührenerhöhung bei jetziger Struktur ist sicher möglich und würde auch Eltern Notwendigkeiten besser nachvollziehen lassen.

Dr. Marquardt

Wessen Leistung soll nicht unberücksichtigt bleiben?

Herr Bartl

Es darf nicht sein, dass Eltern die mehr verdienen, dass nun auch noch für die Kita aufbringen müssen.

Dr. Marquardt

In der Verwaltungsspitze hat vor dem Einbringen der Satzung eine intensive Diskussion zu den Gebührenformen stattgefunden.

Frau H. Haupt

Ist denn zu ermitteln wie viele Eltern mehr bezahlen und wie viele weniger?

Wird es eine soziale Entmischung in den Einrichtungen geben?

Gibt es hier Erfahrungen aus der Satzung bis 2003?

Die Frage der Geschwisterermäßigung muss geklärt werden.

Herr Kreisel

Zur 1. Frage:

Nein, wir haben keine Daten zu den Haushaltseinkommen der Eltern die im Eigenbetrieb betreut werden.

Zur 2. Frage:

Die soziale Entmischung findet bereits statt.

In den Einrichtungen des Eigenbetrieb finden Sie jetzt schon mehr 25h Kinder als bei anderen Trägern. Zukünftig, so haben Eltern bereits signalisiert, werden Familienmitglieder, besonders Oma und Opa, mehr zur Betreuung der Kinder eingespannt. Unser Szenario geht davon aus, dass es mehr Familien geben wird, die nur noch einen 5h Platz täglich in Anspruch nehmen.

Zur 3. Frage:

Als Eigenbetrieb sind wir jetzt in der guten Lage, Eltern auf einen Blick in die Gebührenübersicht zu sagen, was sie zahlen müssen.

Das wird dann nicht so einfach mehr möglich sein.

Wir gehen auch davon aus, dass die geplanten Verwaltungskosten nicht ausreichen werden um Einkommensabhängig zu erheben. Der Grund liegt in dem höheren Zeitaufwand der Prüfung aller Unterlagen evtl. Nachberechnungen und der Bearbeitung von Einsprüchen.

Die größte Schwierigkeit besteht in der Kalkulation der Einnahmen durch Elternbeiträge. Insbesondere deshalb, da keine verlässlichen Daten zur Einkommenssituation vorhanden sind und Wanderungsbewegungen in den Betreuungsstufen im mutmaßlichen verbleiben.

Frau Weiß

Ist es denn nicht möglich lediglich zwischen Halbtags- und Ganztagsplätzen zu unterscheiden?

Es besteht die Gefahr, dass der Druck auf Personal stärker wird, von Eltern die einen hohen Beitrag bezahlen müssen.

Ängste nach dem eigenen Arbeitsplatz werden leider wieder lauter.

Eltern signalisieren in den Einrichtungen, dass Sie dann überlegen den Platz in Anspruch zu nehmen.

Frau Thieme

Ich sehe ebenso die Gefahr, dass Eltern ihre Kinder abmelden.

Frau U. Haupt

Es wird politisch zu klären sein, wie man damit und mit der vorgeschlagenen Haushaltskonsolidierung umgeht.

Frau Dr. Stark

Die neue Gebührensatzung darf nicht unter Druck entstehen.

Das gute Klima, das in den letzten Jahren in den Einrichtungen wieder aufgebaut wurde, darf nicht unter dieser Diskussion leiden.

Welchen Nutzen wird die neue Satzung für Familien bringen?

Herr Bartl

Ich kann Herrn Kreisel in allen Punkten nur zustimmen.

Wer ist unter Verwaltungsspitze zu verstehen?

Wer denkt sich 1,8 Mio € Mehreinnahmen aus?

Wie begründet sich überhaupt eine einkommensabhängige Gebühr?

Dr. Marquardt

Unter Verwaltungsspitze sind die Beigeordnetenkonferenz und die Oberbürgermeisterin zu verstehen. Es obliegt ihr, wie sie mit den Diskussionen in den Ausschüssen umgeht.

Die Beigeordnetenkonferenz beschließt nichts.

Wir werden jedoch das Problem ihrerseits, einkommensabhängig zu berechnen, mitnehmen.

Frau Kovacs

Wir dürfen nicht die Kinder leiden lassen.

Denn sie werden die Leidtragenden in diesem Prozess werden bzw. dann wenn Eltern ihre Kinder abmelden.

Herr Schramm

Warum wird die Gebührensatzung benutzt, um 1,8 Mio € mehr einzunehmen und damit den Haushalt zu konsolidieren?

Dr. Marquardt

Wir müssen in allen Bereichen über Maßnahmen zu Mehreinnahmen nachdenken.

Herr Kreisel

Wir haben in den letzten zwei Jahren viel auf der Kostenseite getan. Die Betreuungsstunde hat 2006 2,98 EUR gekostet, in 2007 2,96 EUR nach dem Tarifabschluss liegen die Kosten wieder auf dem Niveau von 2006.

Es ist richtig, es muss auch auf der Einnahmeseite etwas verändert werden. Kostenseitig ist auf Grund der gesetzlichen Vorgaben zum Personal, das sind 80% der Kosten, nur noch marginal etwas machbar.

Frau H. Haupt

Kleine Träger haben sich bis jetzt nicht gemeldet.

Kann man den Verwaltungsaufwand einmal klar benennen?

Ist bei der neuen Satzung eigentlich auch die Frage nach Tagesmüttern geklärt wurden?

Herr Zwakhoven

Die Tagesmütter sind hier nicht berücksichtigt. Die Tagesmütter werden vom Jugendamt bezahlt. Der Beitragssatz für Eltern ist festgelegt.

Frau Thieme

Die jetzige Satzung entspricht nach der Mitteilung zu Beginn nicht dem geltenden Recht. Daher soll die Änderung erfolgen.

Genau dieser Fakt soll bei aller Diskussion berücksichtigt werden.

Herr Zwakhoven

Die Kita Gebühren in Halle liegen deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Auch diesen Fakt hat der Landesrechnungshof gerügt.

Herr Bartl

Wenn alle Beiträge um 10 € angehoben werden würden, was erhalten wir dann an Mehreinnahmen?

Herr Zwakhoven

800.000 € Mehreinnahmen entfallen auf den Eigenbetrieb bei einkommensabhängiger Satzung.

900.000 € Mehreinnahmen wären es bei einem Einheitsbeitrag.

Herr Schramm

Die 1,8 Mio € Minderausgaben heißt aber leider nicht, dass sich dadurch die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen verändert werden können.

Diese Summe wird doch komplett dem Gesamthaushalt der Stadt zufließen.

Herr Kreisel

Vermutlich ja. Der Zuschuss der Stadt an den Eigenbetrieb wird sich dadurch vermindern.

Dr. Marquardt

Betont nochmals, dass die Gebühren weit unter Landesdurchschnitt liegen.

Herr Schramm

Was würde eine Nichtstaffelung ausmachen?

Herr Bartl

Antrag: Eine Mutti soll Rederecht erhalten.

Dem Antrag wird von allen Ausschussmitgliedern zugestimmt.

Mutti (KT Sebastian Kneipp)

Schon unsere Steuer ist progressiv. Jetzt sollen es auch noch die Kita Gebühren werden.

Es gibt Eltern, die das Glück haben, sich Eigentum zu schaffen.

Diese Eltern werden jetzt in ihrer Planung und Kalkulation stark zurückgeworfen und verunsichert.

Die Gebührensatzung hat handwerkliche Fehler.

Zu den dann hohen Kosten kommen ja auch noch Essen und Trinken in der Kita dazu.

Wir als Eltern behalten uns dann auch einen Klageweg offen.

Herr Dr. Marquardt

Die Verwaltung nimmt alle Hinweise auf.

Auch für den JHA am 11.12.08 gibt es bereits Aufträge an die Verwaltung.
Soll der Betriebsausschuss vor der 2. Lesung im JHA das 2. Mal lesen?

Der nächste Betriebsausschuss ist für den **28.11.08, 12.00 Uhr** geplant.

Frau H. Haupt

Der Wirtschaftsplan, der am 28.11.08 beschlossen werden soll, ist daher mit dem Stand der alten Satzung zu planen.

Herr Zwakhoven

Wir benötigen klare Aussage der Stadträte, mit welcher Form einer zukünftigen Satzung wir weiter planen sollen.

Dr. Marquardt

Die Vorlage erstellt die Verwaltung. Die Oberbürgermeisterin wird hier entsprechend entscheiden müssen.

Frau U. Haupt

Erst soll der JHA zur Satzung entscheiden.
Der Betriebsausschuss erst danach.

Es wird festgelegt, dass der Wirtschaftsplan auf Grundlage der derzeit gültigen Satzung erstellt und am 28.11. eingebracht wird. Alle Mitglieder stimmen zu.

Frau Dr. Stark

Bitte stellen Sie uns auch Berechnungsbeispiele für 1 und 2 Kindfamilien zur Verfügung.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Keine

zu 9 Anregungen

Frau H. Haupt

regt an und bittet, eine Diskussion zur Gewinnung von gutem Fachpersonal in einer der nächsten Sitzungen zu führen.

zu 10 Mitteilungen

Keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.11.08

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Jugend, Schule,
Soziales und kulturelle Einrichtungen

Katrin Lademann
Protokollführerin